

MARTIN THUNERT  
WILFRIED VON BREDOW

## **Grenzen, Sicherheit, Wirtschaft – und morgen Energie?**

### **Prioritätenprobleme im kanadisch-amerikanischen Verhältnis nach dem 11. September 2001**

---

#### **Abstract**

*What is the impact of the 9/11 terrorist attacks on the United States on Canadian-American relations? The authors argue that 9/11 has not substantially changed the fundamentals of Canadian-American relations. What has been changed, however, is the interpretive framework within which both Canada and the United States locate and develop their important bilateral relationship. These changes have led to shifting priorities – especially on the U.S. side. ‘Security trumps the economy’ has been a predominantly American priority shift to which Canada had to adapt to a significant degree, without ever entirely buying into this new concept. The article looks at the consequences of potentially conflicting priorities in areas such as security relations, the economic partnership, the border regime, as well as in the debate about North American integration. The authors conclude that since 9/11 Canada has been mildly successful in preventing security relations to trump the vital economic relationship with her neighbour to the south.*

#### **Résumé**

*Quel impact les attaques terroristes du 11 septembre ont-elles eu sur les relations entre le Canada et les États-Unis? Les auteurs avancent que le 11 septembre n'a pas vraiment altéré les bases des relations entre les deux pays voisins. Les attentats ont toutefois modifié le cadre à l'intérieur duquel le Canada et les États-Unis souhaitent définir et développer leur importante relation bilatérale. Ceci a donc mené les partenaires, du moins les Américains, à revoir leurs priorités. En effet, non plus l'économie mais la sécurité a maintenant la priorité aux États-Unis, ce à quoi le Canada a dû s'adapter jusqu'à un certain degré, sans jamais toutefois y adhérer complètement. L'article analyse les conséquences de priorités potentiellement divergentes dans des domaines tels que les questions de sécurité, le partenariat économique, le régime frontalier ainsi que dans le débat sur l'intégration de l'Amérique du Nord. Les auteurs en arrivent à la conclusion que de-*

*puis le 11 septembre, le Canada a réussi, dans une certaine mesure, à empêcher que le développement des questions de sécurité ne se fassent au détriment des relations économiques vitales avec son voisin du sud.*<sup>1</sup>

---

Wie haben sich die Beziehungen zwischen Kanada und den USA seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in Washington, New York und Pennsylvania verändert? Wo lassen sich solche Veränderungen besonders deutlich erkennen? Sind sie eher oberflächlicher Natur oder berühren sie grundlegende Aspekte dieser Beziehungen? Kann man die zu beobachtenden Veränderungen auf die Ereignisse an diesem Tag zurückführen, oder spielen andere Faktoren die Hauptrolle? Welche Folgen ergeben sich daraus für die Zukunft der nordamerikanischen Integration allgemein und die kanadisch-amerikanischen Beziehungen im Besonderen?

Die Ausgangshypothese des Beitrags<sup>2</sup> lautet, dass sich nach dem 11. September 2001 die Grundlagen der kanadisch-amerikanischen Beziehungen nicht wesentlich verändert haben. Wohl aber haben sich die Interpretationsrahmen verschoben, mit denen die USA und Kanada ihr bilaterales Verhältnis in Nordamerika jeweils betrachten und entsprechend entwickeln wollen. Diese Rahmen bestimmen weitgehend die jeweiligen politischen Prioritäten. Die Verlagerung der Priorität von der Wirtschaft zur Sicherheit ist in erster Linie ein amerikanisches Projekt, dem sich Kanada ein großes Stück weit anbequemen musste. Die Auswirkungen der getroffenen Maßnahmen waren und sind, wie nicht anders zu erwarten, in beiden Ländern unterschiedlich stark spürbar.

Wir untersuchen im Folgenden die Entwicklung der amerikanisch-kanadischen Sicherheitsbeziehungen und deren Einfluss auf die Wirtschaftsbeziehungen sowie auf das Grenzregime am 49. Breitengrad seit dem Herbst 2001. Nach wie vor sind die Beziehungen über diese Grenze hinweg durch kräftige Integrationsimpulse gekennzeichnet. Zugleich jedoch treten, scheinbar im Widerspruch dazu, eine Reihe von desintegrativen Momenten in den Vordergrund. Unübersehbar ist dabei das hartnäckige Bestreben Kanadas zu verhindern, dass der Ausbau der Sicherheitsbeziehungen auf Kosten der Wirtschaftsbeziehungen erfolgt.

---

1 Ins Französische übersetzt von Catherine Gagnon, Asbach-Bäumenheim.

2 Martin Thunert dankt dem *Faculty Research Program* der kanadischen Regierung, durch das ihm ein Reisestipendium für Recherchen in Ottawa 2002 und Toronto 2003 gewährt wurde. Wilfried von Bredow dankt der Alfred-Krupp-Stiftung für die Ermöglichung eines längeren Forschungsaufenthaltes am A. Krupp-Wissenschaftskolleg in Greifswald.

## 1. Die Verknüpfung von Wirtschaft und Sicherheit

Die ersten Folgen für Kanada zeigten sich bereits am Tag der Anschläge selbst. Nach der Sperrung des amerikanischen Luftraums wurden 224 Flüge mit mehr als 30.000 Passagieren nach kanadischen Flughäfen, insbesondere in Neufundland, Nova Scotia und im Westen des Landes, umgeleitet. Diese große Zahl von Menschen musste sozusagen aus dem Stand versorgt und beherbergt werden. Das gelang auf bravouröse Weise<sup>3</sup>. Wenige Tage später sah sich Kanada mit verschärften Grenzkontrollen im Straßenverkehr in die USA, mit Rückschlägen bei der sogenannten ‚Schnellspur‘- Grenzabfertigung im grenzüberschreitenden Güterverkehr<sup>4</sup>, mit aufwendigen Personenkontrollen im inner-nordamerikanischen Flugverkehr sowie mit einer nachlassenden Reisetätigkeit in Nordamerika konfrontiert. Die von den USA eingeleiteten Maßnahmen an der knapp 9.000 km langen gemeinsamen Grenze, die zuvor kaum als Hindernis für den Zugang zum amerikanischen Markt wahrgenommen worden war, schärfte in Kanada das Bewusstsein für die asymmetrische Natur des Nachbarschaftsverhältnisses und die überragende Bedeutung des ungehinderten Zugangs zum amerikanischen Markt für die Prosperität Kanadas.

Spätestens seit der Unterzeichnung des bilateralen Freihandelsabkommens zwischen Kanada und den USA (FTA) im Jahr 1989 standen Handels- und Investitionsfragen, Themen der wirtschaftlichen Integration Nordamerikas und deren soziale Folgen im Vordergrund der Beziehungen (vgl. u. a. Clarkson 2003, MacDonald 2000). Die Partner der 1994 in Kraft getretenen Nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA) nahmen sich während der 1990er Jahre vornehmlich als jeweils wichtigste Handelspartner des anderen wahr, weniger als Sicherheitsgemeinschaft. Dies änderte sich durch die Anschläge vom 11. September 2001 für jeden sichtbar<sup>5</sup>. Von

- 
- 3 Die erste Reaktion der Bush-Administration gegenüber Kanada auf diese logistische und humanitäre Meisterleistung wurde nicht nur in Kanada als unzureichend empfunden. In seiner Rede zum 11. September vor beiden Kammern des Kongresses am 20.9.2001 erwähnte Präsident Bush Kanadas Beitrag im Gegensatz zu dem anderer Staaten mit keinem Wort, sondern wartete mit seinem offiziellen Dankeschön bis zu seiner Rede am 1.12.2004 in Halifax im Rahmen eines zweitägigen Staatsbesuchs in Kanada.
  - 4 Die Wirkung von Abfertigungsverzögerungen wird deutlich, wenn wir uns das täglich zwischen den USA und Kanada abgewickelte Handelsvolumen vergegenwärtigen: Waren im Wert von 1,4 Milliarden US-Dollar passieren pro Tag die Grenze, der Löwenanteil davon wird auf Lastwagen transportiert. Allein auf einem Grenzübergang – der Ambassador-Bridge zwischen Detroit, MI und Windsor, Ontario – werden 27% des gesamten bilateralen Handels abgewickelt. Die durchschnittliche Wartezeit für LKWs betrug vor den Anschlägen nur 1-2 Minuten, was den Erfordernissen einer hochgradig verflochtenen Industrie z.B. in Michigan und Ontario entsprach. Unmittelbar nach den Anschlägen schnellte diese Durchschnittszeit auf 10-15 Stunden hoch, was umgehend zu Kurzarbeit und Fabrikschließungen auf beiden Seiten der Grenze und zu Verlusten in Millionenhöhe pro Stunde führte.
  - 5 In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre verlief der schleichende Prioritätenwandel auf Seiten der USA noch verdeckt. Kanadas damaliger Außenminister Axworthy verhinderte 1996 in Kooperation mit US-amerikanischen Nichtregierungsorganisationen und Lobbygruppen nur mit Mühe

nun an konnte das Thema „Sicherheit“ nicht mehr mit dem Verweis auf negative Wirkungen für den bilateralen Handel an den Rand gedrängt werden. Sicherheitsfragen – die seit etwa 2005 auch Fragen der Energiesicherheit miteinschließen – stehen heute gleichwertig neben den traditionellen Wirtschafts- und Handelsthemen und haben diese in der unmittelbaren Dringlichkeit von der Spitze der Tagesordnung verdrängt.

Dieser Perspektivenwechsel entspringt nicht kanadischen Wünschen, sondern geht auf die veränderten politischen Prioritäten der Vereinigten Staaten von Amerika zurück, die sich seit 2001 von Wirtschaftsthemen zu Sicherheitsfragen – der inneren wie der äußeren Sicherheit – verschoben haben<sup>6</sup>. Der ehemalige amerikanische Botschafter in Kanada, Paul Cellucci, drückte das so aus:

Security trumps trade. ... My government and the American people saw security as our number one priority. Trade and economic security were obviously vitally important to us, but everything took a back seat to our physical security (Cellucci 2005, 139).

In Kanada selbst wirkte sich der 11.9.2001 als Katalysator einer seit längerer Zeit schwelenden Identitäts- und Wertedebatte aus. Standen in der Vergangenheit Fragen nach Bedrohung der staatlichen Souveränität durch Freihandel im Vordergrund, so geht es seit dem Beginn des neuen Jahrhunderts primär um die Positionierung des Landes in der Welt und in Nordamerika unter den Bedingungen von Globalisierung und kontinentaler Wirtschaftsintegration.

In der Vergangenheit hatte sich das „komplexe interdependente“ Beziehungsgeflecht (vgl. Keohane/Nye 1977, 165, Lehmkuhl 2007, 97) der beiden nordamerikanischen Nachbarn dadurch ausgezeichnet, dass die beiden unterschiedlichen, prinzipiell gleichberechtigten Ebenen der Beziehungen, Sicherheit und Wirtschaft, selten vermischt wurden. Kanada und die USA konnten in internationalen Fragen unterschiedliche Prioritäten setzen, mitunter sogar Meinungsverschiedenheiten austragen und gleichzeitig die Handelsbeziehungen intensivieren. Zwischen dem Abschluss des bilateralen Freihandelsabkommens 1988 sowie dem Ende des Ost-West-Konfliktes 1990 und den Terroranschlägen des 11. September 2001 standen die Nachbarschaftsbeziehungen zwischen den USA und Kanada ganz im Zeichen des sich vollziehenden Prozesses der nordamerikanischen Wirtschaftsintegration (vgl. Harris 2001, Hakim/Litan 2002, Clarkson/Lachapelle 2004). Seit dem 11. September

---

das Inkrafttreten eines Paragraphen des überarbeiteten US-Einwanderungsreformgesetzes, der verschärfte Grenzkontrollen zwischen Kanada und den USA vorsah (vgl. Gabriel/Macdonald 2004, 80).

6 Damit einher ging der nach dem 11. September 2001 in den USA vollzogene Wechsel von einer zumindest selektiv multilateralen Außenpolitik während der 1990er Jahre zu einer unilateralen und stark militärisch geprägten Außenpolitik während der Administration von George W. Bush (vgl. Bush 2002).

2001 wird die ökonomische Integrationsperspektive von Sicherheitsfragen – von kanadischer Seite teilweise auch durch eine neue Selbstverständnis- und Wertediskussion – überlagert.

Die neuen amerikanischen Prioritäten hinsichtlich der nordamerikanischen Integration liegen in der Harmonisierung sicherheitsrelevanter Politiken. Im Bereich der zwischenstaatlichen Beziehungen geht es den USA primär um die Unterstützung des internationalen Krieges gegen den Terrorismus. Dies verträgt sich nicht einfach mit den kanadischen Wünschen nach ungehinderten Handelsströmen, der möglichst freien Mobilität von Personen, der Thematisierung und Lösung von – für die USA kleineren, aber für Kanada sehr bedeutsamen – bilateralen Handelskonflikten z. B. im Bereich der Bauholzindustrie und der Landwirtschaft. Sicherheitsfragen haben Wirtschaftsthemen zwar nicht von der bilateralen Tagesordnung verdrängt, aber beides lässt sich seit dem 11. September 2001 kaum voneinander trennen. Wichtiger noch für Kanada: Die nunmehr virulenten Sicherheitsfragen betreffen nicht mehr die strategische Ausrichtung westlicher Staaten gegen die nukleare und konventionelle Bedrohung durch ein rivalisierendes Imperium, sondern sie lassen Fragen der inneren und äußeren Sicherheit und damit der Innen- und Außenpolitik ineinander übergehen. Anders als während des Kalten Krieges und der Ost-West-Entspannung betreffen die neuen Sicherheitsfragen unmittelbar Kanadas Selbstverständnis als einer freundlichen, sozialstaatlichen, offenen und toleranten Mittelmacht.

## **2. Sicherheits-Kooperation**

### **2.1 Schutz des nordamerikanischen Luftraums**

Seit dem Zweiten Weltkrieg, während des Kalten Krieges und danach betrachten Kanada und die USA den nordamerikanischen Kontinent als einen integrierten Schauplatz bei der Verteidigung gegen militärische Aggressionen. Für die USA war der Terrorangriff vom 11. September 2001 ein auf Nordamerika gerichteter kriegerischer Akt. Die Verteidigung des nordamerikanischen Kontinents gegen Terrorismus und gegen Angriffe mit auf Raketen transportierten Massenvernichtungswaffen besitzt für die USA seitdem höchste Priorität. Ein Angriff mit Massenvernichtungswaffen auf grenznahe US-Städte wie Seattle, Detroit oder selbst Chicago würde Kanada ebenso stark betreffen wie die angrenzenden Gebiete der USA.

Due to geography alone, Canada is once again vital for the defence of the United States itself, whether Canadians are aware of that reality, whether they like it, or even whether they are prepared to pay for it (Bercuson 2003, 123).

Daraus ergeben sich zwei Folgerungen: Die Bedeutung Kanadas für amerikanische Sicherheitsstrategien ist enorm angestiegen, nachdem die Kontinentalverteidigung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zunächst an Bedeutung verloren hatte. Eine Bedrohung der USA ist auch eine Bedrohung Kanadas und umgekehrt. Und die Verteidigung Nordamerikas ist eine Gemeinschaftsaufgabe der USA und Kanadas, die Kooperation in militärischer und polizeilicher Hinsicht nahezu unvermeidlich macht. Die Frage für Kanada lautet somit, welchen Beitrag das Land zu dieser Aufgabe weiterhin leisten will und kann und welchen Unterschied eine kanadische Beteiligung an der Kontinentalverteidigung macht.

## **2.2. Terrorismusbekämpfung und „Krieg gegen den Terror“**

Wenige Monate nach dem 11. September 2001 richteten Kanada und die USA eine gemeinsame binationale Planungsgruppe zur Terrorismusbekämpfung ein. Gleichzeitig unterhalten beide Staaten separate Einrichtungen: auf kanadischer Seite ein Integriertes Zentrum für Bedrohungsabschätzungen (*Integrated Threat Assessment Centre*), auf amerikanischer Seite das Nationale Zentrum für Terrorismusbekämpfung (*National Counter-Terrorism Center*). Symbolträchtiger und politisch sensibler ist indes die militärische Komponente bei der Terrorismusbekämpfung – insbesondere der Einsatz und die Koordination von Kampftruppen beider Staaten. Seit dem 11. September 2001 hat sich Kanada an militärischen Einsätzen unter Führung der US-Streitkräfte sowohl beteiligt (Afghanistan) als auch nicht beteiligt (Irak).

### **2.2.1 Afghanistan-Einsatz**

In unmittelbarer Reaktion auf die Terroranschläge in New York und Washington beteiligte sich Kanada mit Spezialeinheiten und Anfang 2002 mit einem mittelgroßen Kontingent von Kampftruppen (ca. 2.000) an dem von den USA geführten Krieg gegen das Taliban-Regime und gegen Al-Qaida in Afghanistan. In den Folgejahren spielte das NATO-Mitglied Kanada bei der Friedenssicherung und dem Aufbau des demokratischen Afghanistan im Rahmen des *International Security Assistance Force* (ISAF) seit 2003 eine herausgehobene Rolle. Es stellte einige Tausend Soldaten bereit und übernahm seit 2005 Führungsaufgaben in der südlichen Provinz Kandahar. Die Einschätzungen des Afghanistan-Einsatzes gehen in Kanada auseinander. Teile des kanadischen Militärs und ihm nahestehende Sicherheitsexperten wie z. B. David Bercuson (2003) oder Jack Granatstein (2007) scheinen mit der in Afghanistan 2002 wiedergewonnenen Rolle der Streitkräfte als Kampftruppe zufriedener zu sein als mit deren traditioneller Daueraufgabe der Friedenssicherung. Durch den in den beiden vergangenen Jahren allerdings sehr verlustreichen Afghanistan-Einsatz haben die kanadischen Truppen in dieser Sichtweise ihre internationale Glaubwürdigkeit wiedergewonnen (vgl. Bercuson 2003).

Andere Beobachter sehen dies genau umgekehrt. Für sie verloren die kanadischen Streitkräfte, die sich über Jahrzehnte als Friedenstruppen einen Namen ge-

macht hatten, und mit ihnen die kanadische Außenpolitik, in den afghanischen Kampfeinsätzen einen großen Teil ihrer Glaubwürdigkeit. Kanadier kämpften in Afghanistan 2001-2002 unter dem Oberkommando amerikanischer Truppen und übergaben die von ihnen festgenommen ‚gesetzlosen Kämpfer‘ aus den Reihen von Taliban und Al-Qaida dem Gewahrsam der Amerikaner, wohl wissend, dass die Gefangenen nicht nach der Genfer Konvention als Kriegsgefangene anerkannt, sondern in das Lager auf dem Stützpunkt Guantanamo auf Kuba gebracht werden würden (vgl. Roach 2003, 158-163).

Tatsächlich zeigen die kanadischen Streitkräfte in Afghanistan, dass sie zu beidem in der Lage sind: zu Kampfeinsätzen gegen die im Süden des Landes stets starken Talibankräfte und auch zur Unterstützung des Wiederaufbaus und zu humanitären Aufgaben. Gleichzeitig wird auch in der kanadischen Öffentlichkeit deutlicher, dass die lange und gerne gepflegte Selbstwahrnehmung des Landes als Friedenssicherer und humanitärer Helfer ein überhöhter Mythos ist. Nur ein Bruchteil der im Jahr 2006 von den Vereinten Nationen eingesetzten 68.000 Friedenstruppen trägt das Ahornblatt am Revers, bei Entwicklungshilfeausgaben rangiert Kanada im unteren Mittelfeld der reichsten Staaten<sup>7</sup>.

### **2.2.2 Irak-Krieg**

Die Entschlossenheit der engsten Verbündeten Kanadas, der USA und Großbritanniens, zur Durchsetzung der UN-Resolution 1441 vom 8.11.2002 und früherer UNO-Resolutionen gegen den von Saddam Hussein geführten Irak kriegerische Mittel auch ohne eine weitere Resolution des UN-Sicherheitsrates anzuwenden, stellte die kanadische Politik während des ersten Quartals des Jahres 2003 vor eine schwere Herausforderung. Einerseits teilte Kanada die Auffassung der USA und Großbritanniens, dass am Ende der UN-Waffeninspektionen im Irak bei Nichtbefolgung der UNO-Resolution militärische Zwangsmaßnahmen gegen das Saddam-Regime erfolgen müssten. Andererseits hielt die kanadische Regierung den Zeitplan der US-geführten „Koalition der Willigen“ für übereilt. Zudem widersprach das Vorgehen der Koalition ohne erneuten Sicherheitsratsbeschluss dem streng multilateral ausgerichteten weltpolitischen Selbstverständnis Kanadas (vgl. Fey 2000).

Diesem Selbstverständnis steht aber auch entgegen, dass sich Kanada 1999 als NATO-Mitglied an dem ebenfalls nicht von der UN explizit sanktionierten Krieg gegen Jugoslawien beteiligt hatte und dass es sich bei den USA und Großbritannien um die traditionellen „Waffenbrüder“ Kanadas während der beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts gehandelt hatte. Außerdem hatte sich mit Australien ein weiteres und für Kanada bedeutsames Referenzland des „weißen“ Commonwealth der US-geführten Koalition angeschlossen<sup>8</sup>.

---

7 The Economist, 29.6.2006.

8 Da die kanadische Regierung wenige Wochen vor der Irak-Entscheidung größere Truppenteile für den ISAF-Einsatz in Afghanistan zur Verfügung gestellt hatte, ging es zu keinem Zeitpunkt

Die nur wenige Tage vor Beginn der Kampfhandlungen bekannt gegebene Entscheidung der Regierung Chrétien, Kanada werde sich am Irakkrieg *nicht* beteiligen, wurde von einer Mehrheit der kanadischen Bevölkerung – bei erheblichen regionalen Abweichungen<sup>9</sup> – unterstützt. Knapp drei Wochen nach Beginn der Kampfhandlungen – etwa zeitgleich mit dem Fall der Hauptstadt Bagdad – traf der US-geführte Krieg indes auf deutlich gewachsene Zustimmung im nördlichen Nachbarland, die später wieder zurückging. Die Ablehnung des Irak-Krieges war in Kanada indes zu keinem Zeitpunkt so hoch wie in den Staaten des „alten“ Kontinentaleuropa. Die Sichtweise eines Teils der US-Administration und der amerikanischen Öffentlichkeit, beim Irak-Krieg handele es sich um einen integralen Bestandteil des Krieges gegen den Terror, wurde in Kanada zu keinem Zeitpunkt mehrheitlich geteilt. Nicht nur ein alter NATO-Verbündeter der USA wie Deutschland, sondern auch die NAFTA-Partner Kanada und Mexiko waren der Supermacht USA an einem zentralen Punkt der amerikanischen *post-9/11*-Politik nicht gefolgt.

### 2.3 Militärische Fähigkeiten Kanadas und Inter-Operabilität

Der Bedeutungsanstieg militärischer Fragen in den bilateralen Beziehungen mit den USA und die kanadische Beteiligung an dem von den USA geführten Kampfeinsatz in Afghanistan trafen Kanada zu einem Zeitpunkt, als seine Verteidigungsausgaben historische Tiefststände erreicht hatten und militärstrategische Fragen auf der politischen Tagesordnung der damaligen Regierung Chrétien sehr weit nach hinten gerückt waren. So war der Anteil der Verteidigungsausgaben am kanadischen Bundeshaushalt zwischen 1990 und 2002 von 8,7% auf 1,2% gefallen (vgl. Roach 2003, 151). Ausstattungsmängel der kanadischen Streitkräfte und die Technologielücke zu den amerikanischen Hochtechnologiestreitkräften traten in Einsatzgebieten wie Afghanistan offen zutage. Amerikanische Experten bezweifelten folgerichtig, dass Kanada ohne eine drastische Erhöhung seiner Verteidigungsausgaben weiterhin ein ernsthafter Partner bei den anstehenden militärischen Aufgaben in Nordamerika und im Kampf gegen den Terrorismus sein könne (vgl. Mason 2003, 153). Andererseits besitzen die kanadischen Streitkräfte trotz ihrer Unterfinanzierung eine moderne Militärkultur, die sie sowohl für Kampfeinsätze als auch für „operations other than war“ einsetzbar macht (vgl. English 2004). Kaum eine Armee der westlichen Welt hat mit den militärischen Aufgaben jenseits der traditionellen Kriegführung mehr Erfahrung als die hochprofessionellen und weltweit in der Friedenssicherung bewährten kanadischen Streitkräfte.

Die schrittweise, wenngleich während der Martin-Regierung bescheidene Erhöhung der kanadischen Verteidigungsausgaben seit 2003 vollzog sich vor dem Hintergrund einer Debatte darüber, ob das Ziel modernisierter Streitkräfte die Inter-

---

um eine nennenswerte militärische Beteiligung Kanadas am Krieg gegen Saddam Hussein, wohl aber um die für die USA außenpolitisch wichtige politische Unterstützung.

9 Die Ablehnung des Krieges war in Québec am höchsten, die Zustimmung in Alberta am größten.



Operabilität mit den US-Truppen oder die Ausrichtung auf traditionell kanadische Missionen wie Friedenssicherung sein soll. Die von den Ereignissen des 11. September ausgelöste militärstrategische Debatte kreist somit weniger um die Notwendigkeit eines erhöhten Verteidigungshaushalts als um die Frage nach der Ausrichtung und dem Selbstverständnis der kanadischen Streitkräfte. Wenngleich die Notwendigkeit der Inter-Operabilität mit den Streitkräften des wichtigsten Partners von Experten kaum angezweifelt wird, sind die Warnungen vor einer blinden Übernahme amerikanischer Militärdoktrin und amerikanischer Militärkultur nur allzu berechtigt, wenn man bedenkt, dass ein Großteil künftiger Militäraufgaben in den „operations other than war“ liegt. Auf diesem Gebiet hätten finanziell und technologisch besser ausgestattete kanadische Streitkräfte den USA und der Welt einiges zu bieten (vgl. English 2004, 130-160). Insgesamt entspricht die Trennung zwischen Kampfaufgaben und solchen der Friedenssicherung des Militärs nicht den Herausforderungen, die heute an moderne Streitkräfte gestellt werden. Sie müssen beides bewältigen können.

#### **2.4 Neuordnung der nordamerikanischen Verteidigung**

Die Terroranschläge des 11. September 2001 bewirkten in den USA nicht nur die viel diskutierte Veränderung der inneren Sicherheitsstrukturen, sondern ebenso eine viel weniger beachtete Überprüfung der militärischen Befehlsbereichsstrukturen, deren Auswirkungen auf Kanada zum gegenwärtigen Zeitpunkt erst in Umrissen absehbar sind. Die militärische Verteidigung des nordamerikanischen Kontinents obliegt seit Oktober 2002 dem neu geschaffenen Befehlsbereich Nord (*Northern Command*), einem militärischen Heimatschutzkommando, dessen Mission nicht an der kanadischen Grenze endet. Die Befehlszentrale des *Northern Command* auf dem Fliegerhorst Peterson im Bundesstaat Colorado liegt nur wenige Hundert Meter von der Schaltzentrale von NORAD im Cheyenne Mountain entfernt. Wie wichtig den USA die Verbindung zwischen dem Befehlsbereich Nord und der binationalen NORAD-Luftraumverteidigung ist, zeigt die Tatsache, dass beide Bereiche dem Kommando desselben Luftwaffengenerals unterstellt sind<sup>10</sup>.

Die Struktur von NORAD<sup>11</sup> bringt es mit sich, dass die amerikanischen Planungen eines Abwehrschirms gegen ballistische Raketen – in den 1980er Jahren unter dem Namen *Strategic Defence Initiative*, heute unter *Ballistic Missile Defence* (BMD) bekannt – Kanada unmittelbar betreffen. In den USA sind verschiedene Befehlsbereiche der Streitkräfte mit der ballistischen Raketenabwehr betraut. Die nordamerikanischen Raketenwarnsysteme sind indes unter dem binationalen Dach von NORAD angesiedelt.

---

10 Zum Northern Command vgl. <http://www.northcom.mil>. Vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.8.2003, S. 5.

11 Etwa 15% des in Cheyenne Mountain arbeitenden Stabes von ca. 800 Soldaten sowie der stellvertretende Kommandeur sind Kanadier. Vgl. ausführlich Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.8.2003, S. 3.

Die offizielle kanadische Haltung zur ballistischen Raketenverteidigung blieb über Monate ambivalent. Im Juni 2003 gab die damalige Regierung Chrétien überraschend bekannt, dass sich Kanada eine Mitarbeit beim ballistischen Raketenabwehrsystem (BMD) der USA offen halte. Die kanadische Debatte um eine Beteiligung am US-Raketenprogramm verschärfte sich nach einer erneuten Absichtserklärung der nach dem 12.12.2003 im Amt befindlichen Regierung Martin, weiterhin konstruktiv mit den Amerikanern in Sachen Raketenabwehr zusammenarbeiten zu wollen.

Zu den grundsätzlichen Befürwortern einer kanadischen Beteiligung zählten anfangs nicht nur rüstungsrelevante Industriezweige, eine breite Mehrheit der neuen Konservativen Partei Kanadas (CPC) – die Anfang Dezember 2003 aus einer Fusion der beiden Oppositionsparteien *Canadian Alliance* und *Progressive Conservatives* hervorgegangen war – sondern ebenso der wirtschaftsnahe Flügel der regierenden Liberalen Partei einschließlich des Chrétien-Nachfolgers Paul Martin Jr. (Premierminister 2003-2006) und seiner Verteidigungsminister Pratt und Graham. Zu den prominentesten Gegnern einer kanadischen Beteiligung gehörte neben den Oppositionsparteien Bloc Québécois und NDP der den Liberalen angehörende ehemalige Außenminister Lloyd Axworthy. Letzterer vertrat seit Jahren die Ansicht, dass eine Beteiligung Kanadas die traditionelle Stellung des Landes als eines Verfechters von Rüstungskontrolle unterminieren und zudem das strategische Gleichgewicht in der Welt gefährden würde (vgl. Axworthy 2003). Der frühere Minister sieht die ballistische Raketenabwehr keineswegs als rein defensives Vorhaben der USA zur Verteidigung Nordamerikas gegen Massenvernichtungswaffen und sogenannte „Schurkenstaaten“, sondern als Teil einer Strategie nach dauerhafter Welt dominanz der USA, wie sie in neokonservativen Denkfabriken, etwa dem *Project for a New American Century* oder der *Heritage Foundation*, in den 1990er Jahren vorgedacht wurden. Die Folgen für Kanada wären nach Auffassung Axworthys weitreichend: Nicht nur wäre die „sanfte Mittelmacht“ Kanada mitschuldig am Drehen der Rüstungsspirale, die außenpolitische Strategie des Multilateralismus würde einer Juniorpartnerschaft der USA geopfert.

Die anfänglichen Befürworter einer Prüfung des Projekts insistierten hingegen darauf, dass die Bedrohung Nordamerikas durch Massenvernichtungswaffen auf weitreichenden Trägersystemen real sei, wenngleich Kanada derzeit kaum akut bedroht sei. Es gehe um den Schutz zukünftiger Generationen (vgl. Canada 2003). Anders als Axworthy sahen die Befürworter in der ballistischen Raketenabwehr kein offensives Projekt und hielten es daher mit Kanadas Bemühungen um Rüstungskontrolle und nukleare Nichtverbreitung für vereinbar. Ausgeschlossen sei indes eine kanadische Beteiligung an einem weltraumgestützten Abwehrsystem, betonten die Befürworter. Auch wenn das Thema Raketenabwehr im Wahlkampf 2004 keine herausragende Rolle gespielt hatte, war die grundsätzlich positive Haltung des damaligen Premierministers Martin und der betroffenen Ressortminister bekannt. Diese schien sich im August 2004 zu bestätigen, als das auf den Status einer Minderheits-

regierung reduzierte Kabinett Martins einer Ergänzung des NORAD-Vertrages mit den USA zustimmte, nach der es den mit ballistischer Raketenabwehr befassten US-Befehlsbereichen gestattet wurde, auf das Raketenwarnsystem NORADs zurückzugreifen<sup>12</sup>.

## 2.5 Kanadische Nichtbeteiligung

Daher kam der im Februar 2005 vollzogene Schwenk Premierminister Martins in der Raketenfrage für Beobachter der Debatte überraschend<sup>13</sup>. Martin begründete die kanadische Nichtbeteiligung mit den anders gelagerten Verteidigungsprioritäten Kanadas, wie sie die liberale Minderheitsregierung wenige Tage zuvor formuliert hatte. Zu den kanadischen Prioritäten zählen laut Martin neben der Sicherheit der nordamerikanischen Grenzen zu Land, Wasser und Luft der Ausbau des kanadischen Küstenschutzes, der arktischen Gewässer sowie die Modernisierung der Streitkräfte und der Nachrichtendienste. Alle diese Vorhaben, so Martin, verbesserten den kanadischen Beitrag zur Sicherheit Nordamerikas. Zugleich betonte der kanadische Regierungschef das Engagement seines Landes im Rahmen von NORAD (Prime Minister of Canada 2005).

Ausschlaggebend für Martins Politikwechsel in der Raketenfrage dürften indes innenpolitische Faktoren und wahltaktische Überlegungen gewesen sein. Der erste Faktor ist das Regieren unter den Bedingungen einer Minderheitsregierung. Um im Amt zu bleiben, war die liberale Minderheitsregierung auf punktuelle Zusammenarbeit mit zwei der oppositionellen Parteien angewiesen, die die ballistische Raketenabwehr und die Beteiligung Kanadas daran grundsätzlich ablehnen – die linkssozialistische NDP und der in Québec beheimatete Bloc Québécois. Ein zweiter Faktor war die öffentliche Meinung zum Thema Raketenabwehr. Die kanadische Öffentlichkeit zeigte sich beim Thema ballistische Raketenabwehr weitgehend gespalten, doch tendierte eine knappe Mehrheit der befragten Bürger zur Ablehnung einer kanadischen Beteiligung an diesem Programm. Dabei sind regionale Unterschiede in der öffentlichen Meinung deutlich ausgeprägt. Während deutliche Mehrheiten in Alberta sowie in den Atlantikprovinzen die militärische Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten befürworteten, war die Ablehnung in Québec besonders deutlich ausgeprägt, womit die wahltaktischen Grundlagen der Raketenentscheidung ins Spiel kommen. Für den Anspruch der Liberalen Partei unter Paul Martin und auch danach, Mehrheitspartei in Kanada werden zu können, war ein Zugewinn von Unterhaussitzen in Québec essenziell. Mit einer Strategie der politisch-militärischen Distanzierung von den USA – bei gleichzeitiger wirtschaftlicher Annäherung – glaubte die liberale Minderheitsregierung, in der *belle province* punkten zu kön-

---

12 Vgl. Department of National Defense, News Release vom 5. August 2004 unter [http://www.forces.gc.ca/site/Newsroom/view\\_news\\_e.asp?id=1422](http://www.forces.gc.ca/site/Newsroom/view_news_e.asp?id=1422) am 25.9.2004.

13 Der damalige US-Botschafter in Ottawa, Paul Cellucci, überschreibt das Kapitel seiner Botschafter-Memoiren mit dem Titel „Perplexed“. Vgl. Cellucci 2005, 147.

nen<sup>14</sup>. Außenpolitisch sah sich die damalige Regierung Martin zu ihrer ablehnenden Haltung in der Lage, da sie bereits die Verteidigungsausgaben deutlich erhöht und im August 2004 das NORAD-Weiterführungsgesetz verabschiedet hatte. Die Gefahr, dass eine kanadische Nicht-Teilnahme an BMD den Fortbestand der binationalen Luftraumverteidigung Nordamerikas (NORAD) gefährden würde, galt zumindest vorerst als gebannt.

Aus halb-offizieller amerikanischer Sicht hat Kanada mit der Entscheidung der Nicht-Beteiligung kaum Handlungsspielraum gewonnen, aber viel an Einfluss und Souveränität verloren. Für den ehemaligen amerikanischen Kanada-Botschafter Paul Cellucci bedeutet die Entscheidung Paul Martins den freiwilligen Verzicht Kanadas, bei einem Raketenangriff auf Nordamerika über die Gegenmaßnahmen innerhalb des kanadischen Luftraums mitentscheiden zu können (vgl. Cellucci 2005, 162-164). Andere Stimmen betonen, dass Kanada damit einen wichtigen Teil der militärischen Kontinentalverteidigung und der damit verbundenen Kosten den USA überlässt (vgl. Mason 2005). Die USA hatten Kanada zu keinem Zeitpunkt um finanzielle Hilfe für die ballistische Raketenabwehr gebeten, wohl aber um politische Unterstützung. Zum ersten Mal seit 1938 folgte Kanada einem amerikanischen Wunsch in Sachen Kontinentalverteidigung nicht.

Hinter der Raketenschild-Entscheidung stehen exemplarisch zwei unterschiedliche Auffassungen nationaler kanadischer Souveränitätsausübung, die das kanadisch-amerikanische Verhältnis auf lange Sicht prägen werden. Wird kanadische Souveränität dadurch verdeutlicht, dass man sich der militärischen und sicherheitspolitischen Kooperation mit einer – ungeliebten – US-Regierung weitgehend entzieht? Oder ist gerade die Vertretung kanadischer Interessen innerhalb bi- und multilateraler Strukturen mit den USA Ausdruck kanadischer Souveränität? Paul Martin, als Premierministerkandidat ein Vertreter letztgenannter Souveränitätsauffassung, näherte sich aus innenpolitischen Gründen und wahltaktischen Überlegungen der ersten Position an. Immerhin ist interessant, dass auch die konservative Nachfolgeregierung unter Premierminister Stephen Harper diese Entscheidung nicht revidiert hat.

### 3. Grenzverstärkung

Vor dem 11. September 2001 galt die kanadisch-amerikanische Grenze als „one of the most benign borders in the world“ (Konrad, Nicol 2008, 1). Dieses etwas unge-

---

14 Ein in die mittleren Jahre der Ära Chrétien zurückreichender Korruptionsskandal um nicht-öffentlich vergebene Aufträge für Kommunikationskampagnen der Bundesregierung nach dem nur knapp gescheiterten Unabhängigkeitsreferendum in Québec 1995 ließ die hier geschilderten wahltaktischen Überlegungen weitgehend Makulatur werden und trug zum schlechten Abschneiden der Liberalen Partei in Québec bei den Unterhauswahlen vom 23.1.2006 bei. Das kostete die Liberalen die Macht in Ottawa.

wöhnliche Adjektiv zur Kennzeichnung einer zwischenstaatlichen Grenze ist dann sinnvoll, wenn es sich um eine Grenze handelt, welche die hüben und drüben wohnenden Bürger zweier Staaten nicht in erster Linie voneinander abschotten will, vielmehr eine beiderseits fruchtbare Kooperation über die politische Trennlinie hinweg nicht nur erlaubt, sondern geradezu ermutigt. Voraussetzung dafür ist ein konstruktives politisches Klima zwischen den beiden Staaten und ein wechselseitiges Verständnis der Gesellschaften. Gewalt und politische Erpressung gehören nicht mehr zu den Instrumenten grenzüberschreitender politischer Interessendurchsetzung. Konflikte werden einvernehmlich thematisiert und gemeinsam friedlich gelöst. Eine „gutwillige Grenze“ braucht keine Verteidigungsanlagen. Stattdessen reicht ein Minimum an Grenzkontrollen auf beiden Seiten aus.

Beiderseits einer solchen Grenze entsteht mit der Zeit eine grenzüberschreitende Region (*borderland*), das von dem alltäglichen „kleinen Grenzverkehr“ geprägt ist, aber auch von gemeinsamen Infrastrukturmaßnahmen und sogar einer besonderen transnationalen Identität ihrer Bewohner. Lokale grenzüberschreitende Netzwerke sind gut eingespielt und erleichtern die Kooperation, von der Medizin-Versorgung über den Katastrophenschutz bis zum Tourismus und, selbstverständlich, dem Handel (Konrad, Nicol 2008, 18).

Keohane und Nye (1977, 165) haben die Beziehungen zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten als den Modellfall einer gut funktionierenden komplexen, asymmetrischen Interdependenz bezeichnet. Viele andere historische, soziologische und politische Untersuchungen dieses Verhältnisses kommen zu ganz ähnlichen Ergebnissen. Ein paar Zahlen können das illustrieren: Um das Jahr 2000 überquerten täglich Güter von Can \$ 1,9 Mrd. die Grenze, zumeist auf Lastwagen. Besonders hoch ist das Handelsvolumen beim Austausch von Maschinen und Ausrüstungsgütern (Can \$ 226 Mrd. pro Jahr) sowie bei Automobilen und Automobilteilen (Can \$ 160 Mrd. pro Jahr)<sup>15</sup>. Da ca. 85% aller kanadischen Exporte in die Vereinigten Staaten fließen, gehören einige der Grenzübergänge, insbesondere die zwischen Ontario und Michigan oder New York und die zwischen British Columbia und Washington, zu den wichtigsten Lebensadern der kanadischen Ökonomie. Darüber hinaus zählt man in jedem Jahr mehr als 200 Millionen Grenzübertritte von Einzelpersonen, darunter viele Berufspendler aus den Grenzregionen.

### **3.1 Das Ende der Grenzabschwächung**

„Canada among Nations“ ist ein jährlich erscheinender Sammelband mit Fachaufsätzen zur kanadischen Außenpolitik aus der Feder renommierter Experten aus der akademischen und der diplomatischen Welt. Hier werden die jüngsten Entwicklungen der kanadischen Außenpolitik aufgelistet und analysiert, wobei sich die Herausgeber bemühen, zugleich auch jedes Jahr einen besonderen thematischen Schwerpunkt herauszustellen. Die Aufsätze des Jahresbandes 2000 standen unter

---

<sup>15</sup> Neue Zürcher Zeitung, 17.9.2001, S. 7; The Economist, 22.9.2001, S. 53f.

dem Titel „Vanishing Borders“. Die beiden Herausgeber prognostizierten in ihrem Einleitungsaufsatz „Does the 49th Parallel Matter Any More?“ eine weitergehende Abschwächung und ein Verblässen der amerikanisch-kanadischen Grenze. Sie argumentierten, dass die Folgen des Freihandelsabkommens von 1989 in Verbindung mit allgemeinen Veränderungen durch die Globalisierung die amerikanisch-kanadische Grenze weitgehend bedeutungslos machen werde. Einzig die Zunahme grenzüberschreitender krimineller Aktivitäten mache die Aufrechterhaltung der Grenze nötig (Hampson, Molot 2000, 2).

Ein Jahr später hatten sich die Verhältnisse an der Grenze dramatisch verändert. Die Terroranschläge vom 11.9.2001 bewirkten eine drastische Abkühlung im internationalen System, und neben anderem bekam auch die kanadisch-amerikanische Grenze plötzlich einen anderen Stellenwert. Der tief schockierte David Bercuson notierte am 3.12.2001: „Yesterday was the first time in more than a century that the United States has felt sufficiently vulnerable along its northern frontier to station troops along the US-Canadian border ...“ (Bercuson 2002, 109). Der 49. Breitengrad, hier das Synonym für die längste Grenze zwischen zwei Staaten, erlebte einen schubartigen politischen Bedeutungszuwachs.

Es ist gut nachvollziehbar, dass die Reaktionen auf die Terroranschläge in den Vereinigten Staaten und in Kanada verschieden ausfielen. Die Vereinigten Staaten, so wurde es ihren Bewohnern schlagartig klar, waren nicht mehr unverwundbar und automatisch geschützt gegen feindliche Attacken von außen. Dieser Sachverhalt, zuvor weitgehend aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt, setzte einen schrillen und von Fehlentwicklungen nicht freien Sicherheits-Diskurs in Gang, der rasch in folgenreiche organisatorische Veränderungen und Neuaufstellungen überging. Der „global war on terror“ (GWOT), den die politische Führung des Landes ausrief, wurde zwar sozusagen grenzenlos geführt, er nahm Gegner in verschiedenen Erdteilen aufs Korn, zugleich auch potenzielle inner-gesellschaftliche Feinde. Aber diese grundsätzliche Verschmelzung von Binnen- und Außendimension des Anti-Terror-Kampfes schloss doch zugleich auch eine vehement vorangetriebene Verstärkung der Landesgrenzen ein. Für viele Amerikaner wurde ihre als ungeschützt wahrgenommene Nordgrenze buchstäblich zu einer offenen Tür für Terroristen und andere Kriminelle, die diese mit der Absicht überschritten, Amerika zu schaden. Die Grenzsicherung wurde in den Vereinigten Staaten quasi über Nacht zu einem integralen Bestandteil ihrer Heimatverteidigung.

Aus kanadischer Sicht spielten die von den Amerikanern wahrgenommenen Sicherheitsprobleme an der Grenze eine erheblich geringere Rolle. Kanada war kein Ziel der Terroranschläge am 11.9.2001. Die meisten Kanadier sahen in der bis dahin weit offenen Grenze auch keine Sicherheitsbedrohung, weder für das eigene Land, noch für die Vereinigten Staaten. Dennoch folgte die kanadische Regierung den amerikanischen Vorgaben. „Fighting terrorism became a top priority for the government of Canada“ (Lehmkuhl 2007, 81). Allerdings geschah das in der Absicht, auf die amerikanischen Maßnahmen zur Grenzbefestigung Einfluss nehmen zu können,

um vor allem Reibungsverluste (Wartezeiten, Bürokratisierung) bei der Abfertigung von Gütern und Berufspendlern so gering wie möglich zu halten. Der *Anti-Terrorism Act* (Bill C-36) vom Oktober 2001, der *Public Safety Act* vom Oktober 2002 und die Bildung eines Ministeriums für „*Public Safety and Emergency Preparedness*“ im Jahr 2003 sind Ausdruck dafür, dass man auf Seiten Kanadas die amerikanischen Sicherheitsbedenken ernst nahm. Diese Maßnahmen sollten diese Bedenken und die amerikanische Furcht vor einer Infiltration aus dem Norden beruhigen, so irrational diese Furcht manchem kanadischen Beobachter auch erschienen sein mag.

### 3.2 Kanadische Anpassung

Dem kanadischen Ziel, die Grenze möglichst offen zu halten, konnte man nach dem 11.9.2001 nicht mehr mit allgemeinen Hinweisen auf die Auswirkungen der Globalisierung und den Aussichten auf eine weitere Intensivierung der bilateralen Handelsbeziehungen näher kommen. Man sollte stattdessen, rieten etwa Hart und Dymond (2001), die amerikanischen Wahrnehmungen von Sicherheitsdefiziten an der Grenze ungeachtet ihres Wahrheitsgehaltes aufgreifen. Die US-Regierung müsse davon überzeugt werden, dass auch Kanada alles daran setze, den nordamerikanischen Kontinent sicherer zu machen.

Entsprechend bemühen sich seit dem Herbst 2001 alle kanadischen Regierungen (zwei liberale unter Chrétien und Martin, zwei konservative unter Harper) darum, die von einem ausgeprägten Sicherheitsdenken motivierten amerikanischen Grenzverstärkungspläne so zu modifizieren, dass der grenzüberschreitende Wirtschaftsverkehr davon so wenig wie möglich beeinträchtigt wird. Der „kanadische Albtraum“, um einen Satz von Lagassé und Sokolsky (2005) aufzugreifen, ist nicht so sehr ein Terrorangriff auf Kanada, vielmehr ein Terrorangriff auf die Vereinigten Staaten, der von kanadischem Boden aus eingeleitet wurde. Denn in diesem *worst case scenario* würde der grenzüberschreitende Wirtschaftsverkehr umgehend zum Erliegen kommen – mit kurz- und mittelfristig den schlimmstmöglichen Auswirkungen auf die beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen.

In einem asymmetrischen Machtverhältnis ist für den schwächeren Partner eigenständige Anpassung sinnvoller als Widerstand oder Kapitulation. Diese Anpassung erfolgte nicht bedingungslos (sonst wäre sie ja nichts als eine Kapitulation), sondern in dem Bestreben, die eigenen Handelsinteressen an der kanadisch-amerikanischen Grenze möglichst wenig zu gefährden.

### 3.3 Intelligente Grenze

Die *Canada-U.S. Smart Border Declaration*<sup>16</sup> vom 12. Dezember 2001 ist das Ergebnis der Versuche, amerikanische Sicherheitsprioritäten und kanadische Wirtschaftsprioritäten unter einen Hut zu bekommen. Die Erklärung besteht aus einer Präambel, einem Aktionsplan und einer relativ kurzen Liste mit Maßnahmen, welche die

---

<sup>16</sup> <http://www.dfait-maeci.gc.ca/anti-terrorism/declaration-en.asp> (28.10.2009)

beiden Regierungen in Angriff nehmen wollen. Das Adjektiv *smart* (intelligent) hat im letzten Jahrzehnt eine erstaunliche Konjunktur gehabt, von den *smart sanctions* der Vereinten Nationen bis zum Konzept der *smart power*, das der Außenpolitik der Obama-Administration eine neue Färbung geben soll. In dem kanadisch-amerikanischen Dokument zur intelligenten Grenze soll dieses Adjektiv die Ausgewogenheit von Sicherheits- und Wirtschafts-Gesichtspunkten signalisieren. Der Aktionsplan sieht unter anderem die Einführung von biometrischen Identifizierungsmethoden vor, Ausweise, neuartige Inspektionsmaßnahmen, sorgfältigere Überprüfungen von Flüchtlingen und Asylsuchenden, eine koordinierte Visumpolitik, Informationsaustausch über Flugpassagiere zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten sowie ergänzende Überprüfungsmaßnahmen für Handelsgüter auf der Straße und der Schiene.

Eine der angekündigten Maßnahmen hat in Kanada besondere Befürchtungen geweckt, nämlich die *Western Hemisphere Travel Initiative* (WHTI). Umgesetzt wurde sie im Sommer 2009. Ab diesem Zeitpunkt müssen Kanadier und Amerikaner bei einem Grenzübertritt einen regierungsoffiziellen Ausweis mit sich führen, in der Regel also einen Reisepass. Was für Europäer nicht so dramatisch klingt, hat in Nordamerikas politischer Kultur einen anderen Stellenwert, denn in beiden Ländern verfügen nur wenige Bürger über einen solchen Pass, und seine erzwungene Beantragung betrachten viele Kanadier und Amerikaner als einen Eingriff in ihre persönliche Freiheit.

Kein Wunder also, dass die *Smart Border Declaration* vielfach auf Kritik gestoßen ist. Für Daniel Drache (2004, 109) unterwerfen die beschlossenen Maßnahmen und die Programme, die aus ihnen entstanden sind (NEXUS und CANPASS), in noch nie da gewesener Weise alle Kanadier der Autorität des amerikanischen *Patriot Act* und des *Homeland Security Act*. Die beabsichtigte Ausgewogenheit der Ziele sei damit verfehlt worden.

Die Debatte darüber verläuft in Kanada entlang der politischen Konfliktlinie zwischen den Linksnationalisten und den Kontinentalisten, einer Konfliktlinie, die schon bei den heftigen öffentlichen Auseinandersetzungen um das Freihandelsabkommen von 1989 und NAFTA eine wichtige Rolle gespielt hat. Michael Carpentier (2007) hat in seiner Masterarbeit an der University of Saskatchewan den kanadischen Einfluss auf die *Smart Border Declaration* herauszufiltern versucht. Er stellt dabei zweierlei fest: Erstens seien die nationale Sicherheit Kanadas und seine Sicherheitspolitik seit 2001 in der Tat maßgeblich von amerikanischen Einflüssen mitbestimmt worden. Zweitens jedoch sei gerade die *Smart Border Declaration* ein typisches Beispiel dafür, wie Kanada seinerseits diese Vorgaben und Einflüsse von südlich der Grenze mit- und umgestalten kann.

Dies mag vielleicht wiederum eine zu optimistische Sichtweise sein. In letzter Zeit haben sich jedenfalls Klagen über wirtschafts-schädigende Auswirkungen der Grenzkontrollen gehäuft. In einer Studie, die gemeinsam von der kanadischen und der amerikanischen Handelskammer in Auftrag gegeben wurde, stellen die Autoren



fest, die Kosten dieser Kontrollen seien erheblich angestiegen, ablesbar an längeren Wartezeiten und höheren Abfertigungskosten an der Grenze sowie einer allgemeinen Ausweitung der Grenzbürokratie. Im Sommer 2007 gab es an der kanadischen Seite der Grenze die längsten Wartezeiten für den Verkehr nach Süden. Das hat insbesondere die *Just-in-time*-Kalkulationen vieler Betriebe durcheinandergebracht, mit einem negativen Kaskaden-Effekt für die Wirtschaft in beiden Ländern. Auch weisen die Autoren auf lokale Misshelligkeiten in den Ortschaften an der Grenze hin (The Canadian Chamber of Commerce 2008). Ganz offensichtlich ist, dass die Balance zwischen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen immer wieder neu justiert werden muss.

#### **4. Handlungsspielräume und Gestaltungsakteure des kanadisch-amerikanischen Verhältnisses in der Zukunft**

Die Vertiefung der nordamerikanischen Integration ist seit dem Ende der Clinton-Ära in den USA ins Stocken geraten. Dafür ist nicht allein der auf Seiten der USA nach dem 11. September 2001 eingetretene Vorrang von Sicherheitsfragen über Wirtschaftsfragen verantwortlich. Weitere Gründe liegen in der Persönlichkeit und den politischen Präferenzen des zwischen 2001 und 2009 amtierenden amerikanischen Präsidenten George W. Bush, die in der kanadischen Öffentlichkeit wie bei Teilen der politischen Elite Kanadas latente anti-amerikanische Reflexe an die Oberfläche zurückbrachten. Zudem wächst auch in den USA das Misstrauen gegen den Freihandel.

Dennoch besitzt Kanada kaum eine Alternative zu einer aktiv im kanadischen Interesse gestalteten und professionell gemanagten USA-Politik. Trotz der zahlreich vorhandenen politischen Positionsübereinstimmungen und der kulturellen Affinitäten mit der Europäischen Union ist die Wiederbelebung einer *Third-Option*-Politik, um die wirtschaftliche Abhängigkeit von den USA zu reduzieren, keine realistische Alternative. Für die Europäische Union war und bleibt ein 4.000–6.000 km entfernter Markt von 34 Millionen Menschen – trotz deren weit überdurchschnittlicher Ausbildung und des guten Geschäftsklimas – von begrenztem Interesse. Das macht bilaterale Freihandels- oder Wirtschaftsraumabkommen zwischen der EU und Kanada eher unwahrscheinlich. Wahrscheinlicher – und für Kanada höchst interessant – wäre der Ausbau des transatlantischen Marktplatzes, wie er am 30.4.2007 von den Regierungen der USA, der Bundesrepublik Deutschland und Kanadas ausgerufen wurde.

Ungeachtet der Integrationsmüdigkeit auf beiden Seiten des 49. Breitengrades hat eine vertiefte Integration weiterhin Anhänger. Ein nicht unerheblicher Teil der kanadischen Gesellschaft – insbesondere die exportorientierte Wirtschaft – betrachtet die Nähe und den Zugang zum dynamischsten Markt der Welt nach wie vor als einen Standortvorteil Kanadas, um den das Land von vielen beneidet wird. Die

daraus entstehenden Abhängigkeiten werden in Kauf genommen. Diese Sicht findet sich in unterschiedlichen Sektoren der kanadischen Wirtschaft, bei der überwiegenden Mehrheit der fachlich ausgewiesenen und betroffenen Regierungsbeamten und Berater, und die findet eine beachtliche Unterstützungsgemeinde in *Think Tanks* (C.D. Howe Institute, Institute for Research on Public Policy, Fraser Institute usw.) sowie wichtigen meinungsbildenden Medien. Sie alle sind sich über die Stoßrichtung der USA-Politik Kanadas einig wie selten zuvor. Die öffentliche Meinung drängt die Regierung zwar nicht in Richtung vertiefter Beziehungen, aber sie verhält sich permissiv und wird eine geschickte Vertiefungsstrategie, welche die Bereiche Verteidigung, Sicherheit, Grenzmanagement, Einwanderung, Außenpolitik, Arbeitsmarkt, Handel und Investitionen integriert, nicht automatisch bestrafen. Einig sind sich Befürworter und Gegner einer ‚vertieften Integration‘ (*deep integration*), dass sich trotz Wirtschaftsverflechtung und partieller Politikharmonisierung in Nordamerika keine supranationalen politischen Institutionen herausbilden<sup>17</sup>. Auf die Frage, ob Nordamerika als eine politische Einheit existiere, antwortet das neue Standardwerk Stephen Clarksons, man könne diese Frage nur sektorenspezifisch beantworten. Eine der Europäischen Union analoge Entwicklung mit gemeinsamen Governance-Institutionen sei in Nordamerika auf absehbare Zeit auf breiterer Front nicht zu erwarten (vgl. Clarkson 2008). Gleichzeitig besteht die Strategie der kanadischen Regierung nach dem 11. September 2001 und 15 Jahre nach der Unterzeichnung des NAFTA-Abkommens darin, die Beziehungen zu den USA zu re-bilateralisieren, um sie – gerade was den Sicherheitsbereich angeht – von den wirtschaftlich und sicherheitspolitisch weitaus schwieriger zu gestaltenden amerikanisch-mexikanischen Beziehungen abzukoppeln sowie eine Gleichbehandlung Kanadas mit Mexiko in der NAFTA zu verhindern.

Unter den Premierministern Paul Martin Jr. und Stephen Harper, die beide mit Minderheitsregierungen regier(t)en, hat die kanadische Regierung ihre administrativen Ressourcen – insbesondere der Regierungszentrale – zu einer pro-aktiven Gestaltung des kanadisch-amerikanischen Verhältnisses unter dem Vorzeichen des Sicherheitsaspektes neu geordnet und deren Schlagkraft verbessert. Vorläufiges Resultat dieser behutsamen Politik sind das trilaterale, von den NAFTA-Staaten im Frühjahr 2005 unterzeichnete Sicherheits- und Prosperitäts-Partnerschaftsabkommen für Nordamerika sowie die Beilegung des jahrelangen bilateralen Streits um die kanadischen Bauholzexporte in die USA.

Das Verhältnis zwischen den USA und Kanada – und dies gilt umso mehr in der Erweiterung auf Mexiko – steht auf absehbare Zeit unter dem gemeinsamen Vorzeichen von Sicherheit und Wirtschaftsintegration. Die kanadische Politik hat sich der Herausforderung dieser Prioritätenverschiebung insgesamt recht erfolgreich ge-

---

17 Aus Sicht der Kritiker einer vertieften Integration siehe u. a. den von Grispun und Shamsie (2007) herausgegebenen Sammelband des führenden Thinktanks der kanadischen Linken, Canadian Centre for Policy Alternatives, sowie McDougal (2007), aus der Sicht ihrer Befürworter u. a. Studer/Wise (2007) und Pastor (2001).

stellt, wenngleich die gesellschaftlichen Beziehungen beider Staaten abkühlten. Während die Beziehungen für beide Seiten objektiv wichtiger wurden, glaubten 2005 deutlich weniger Menschen auf beiden Seiten des 49. Breitengrads, im jeweiligen Nachbarstaaten einen engen Alliierten zu erkennen als zehn Jahre zuvor (vgl. Jedwab 2005).

Die Akzeptanz der Prioritätenverschiebung, während der Chrétien-Ära von Minister John Manley vorangetrieben und während der Minderheitsregierungen Martin und Harper von höchster Stelle fortgeführt, erfolgte nicht aus Unterwürfigkeit gegenüber dem großen Nachbarn, sondern aufgrund einer nüchtern-pragmatischen Einschätzung der nationalen Interessen Kanadas. Nur die Aussicht auf eine dauerhaft offene Handelsgrenze mit den USA kann sicherstellen, dass Investoren und Produzenten ihre Aktivitäten nicht in die USA verlagern, um möglichen Grenzschießungen vorzubeugen. Bisher folgt die kanadische Politik nicht dem Modell eines großen strategischen Handels – Souveränitätsverzicht im Sicherheitsbereich gegen garantierten Marktzugang und Integrationsvertiefung –, sondern dem Muster kleiner, inkrementeller Schritte. Trotz einer mitunter anderslautenden Rhetorik wissen die meisten Kanadier, dass das nordamerikanische Nachbarschaftsverhältnis auf gegenseitiger Abhängigkeit beruht. Sollten die USA Kanada wirtschaftlich schaden wollen, schaden sie auch den 38 eigenen Bundesstaaten, deren Haupthandelspartner Kanada ist. Die USA müssen Kanada mitverteidigen, um sich selbst effektiv verteidigen zu können, und sie sind daher allein aus Lastenteilungsgründen auf kanadische Kooperation in wichtigen Fragen militärischer und ziviler Sicherheit angewiesen.

Die Vertiefung der nordamerikanischen Integration und damit die bilateralen Beziehungen werden auf absehbare Zeit durch die geografische und geostrategische Realität des gemeinsamen Kontinents, durch grenzüberschreitende Integrationsräume von Ost nach West sowie durch zivilgesellschaftliche und politikberatende Einrichtungen vorangetrieben werden, weniger von der „hohen“ Politik. Technische Debatten der Integration werden weiterhin von begrenzten Expertenrunden und hohen Beamten beider Bundesregierungen geführt. Regionale Akteure auf beiden Seiten, gesetzgebende und judikative Organe, transgouvernementale Netzwerke, aber auch Aktivisten, „alternative“ Experten und zivilgesellschaftliche Akteure spielen dabei eine bedeutende Rolle.

Einflussreiche Machtmakler zur Herbeiführung eines Politikwechsels vom Inkrementalismus zum „großen Design“, die der amerikanische Politikwissenschaftler John Kingdon (1995) „politische Unternehmer“ nennt, sind in Nordamerika zumindest unterhalb der tagespolitisch Verantwortlichen vorhanden, etwa in Gestalt der *Independent Task Force on the Future of North America*, die im Frühjahr 2005 mit ihrem Bericht aktives Agenda-Setting in Richtung nordamerikanische Zollunion und weitere Vertiefungsschritte betrieb (ITFFNA 2005). Viele dieser Entwicklungen verlaufen deutlich unterhalb der medialen und politischen Entscheidungsagenda, könnten aber eine beachtliche kumulative Wirkung entfalten. Dazu trägt zudem die Erweiterung sowohl des Wirtschafts- als auch des Sicherheitsparadigmas um die

Dimension Energieversorgung und Energiesicherheit bei, die sich in letzter Zeit immer deutlicher abgezeichnet hat<sup>18</sup>.

Die Debatte um eine nationale kanadische oder kontinentale Energie(sicherheits)politik dürfte in Zukunft noch um mindestens zwei weitere Aspekte ergänzt werden:

(1) Kanada gehört mit Russland, Norwegen, Dänemark und den USA zu den Anrainerstaaten der Arktis, deren Energiepolitiken und deren Zurschaustellung nationaler Souveränität sich durch die in der Folge des Klimawandels einsetzende Erwärmung in der arktischen Region deutlich verändern dürften. Der Rückgang des permanenten Eises hat nicht nur dramatische Auswirkungen auf die arktischen Küstenbewohner und die arktische Tierwelt, sondern eröffnet Kanada neue Möglichkeiten der Rohstoffgewinnung und des Rohstofftransports im arktischen Norden – etwa durch eine über mehrere Monate geöffnete Nordwestpassage.

(2) Die Rohstoffstärke der kanadischen Volkswirtschaft drückt sich u. a. in der Aufwertung des kanadischen Dollars gegenüber dem US-Dollar aus, der von seinen Tiefstständen zu Beginn des Jahrzehnts deutlich und offenbar nachhaltig erholt hat. Allein im Jahr 2007 stieg der kanadische Dollar um 17%, bevor er am 21. September 2007 zum ersten Mal seit 1976 wieder Parität mit dem US-Dollar erreichte. Diese auf den bis Mitte 2008 sehr hohen Ölpreis zurückgehende Aufwertung der kanadischen Währung, die sich seitdem nur geringfügig abgeschwächt hat<sup>19</sup>, ist für große Teile der verarbeitenden Industrie Zentralkanadas problematisch, trägt aber unzweifelhaft zu einem wachsenden Selbstbewusstsein der Kanadier gegenüber den USA bei.

Die letztgenannten Entwicklungen, die nicht notwendig in eine formelle Initiative zur Vertiefung der nordamerikanischen Integration münden müssen, dürften einen souveränen Umgang und professionelles Management der bilateralen Beziehungen zu den USA weiter beflügeln. Der Prioritätenwechsel von Wirtschaft zu Sicherheit, der in der Substanz eine Prioritätenerweiterung war, und der Kanada ursprünglich aufgezwungen worden war, könnte sich mittelfristig sogar als vorteilhaft für Kanada erweisen.

## Literaturverzeichnis

- Adams, Michael, 2003, *Fire and Ice: The United States, Canada and the Myth of Converging Values*, Toronto: Penguin Canada.
- Andreas, Peter, Thomas J. Biersteker (Hrsg.), 2003, *The Rebordering of North America*, New York und London: Routledge.
- Axworthy, Lloyd, 2003, "Say no to missile defence", *Globe and Mail*, 29.4.2003.

18 Anders als die bilaterale Wirtschafts- und Sicherheitsdebatte, die zu mindestens 75% durch kanadische Beiträge bestimmt ist, findet die Energie(sicherheits)debatte unter reger Beteiligung US-amerikanischer Stimmen statt. Vgl. u. a. Morales (2007) und Doran (2007).

19 Am 11.11.2009 stand der Wert des kanadischen Dollar bei US \$0.95 und näherte sich erneut der Parität.

- , 2004, *Liberals at the Border. We Stand on Guard for Whom?* Toronto: University of Toronto Press.
- Bercuson, David, 2002, "The World's Longest Defended Border: A Return of the Days of Militarisation", *IBRU Boundary and Security Bulletin*, 9.4, 109-110.
- , 2003, "Canada-US Defence Relations Post-11 September", in: David Carment/Fen Osler Hampson/Norman Hillmer (Hrsg.), *Coping with the American Colossus: Canada Among Nations 2003*, Don Mills: Oxford University Press, 121-134.
- Bosold, David, 2003, "Amerikanisch-kanadische Beziehungen", in: Wilfried von Bredow (Hg.), *Die Außenpolitik Kanadas*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 95-104.
- Boucher, Christian, 2005, *Toward North American or Regional Cross-Border Communities: A Look at Economic Integration and Socio-Cultural Values in Canada and the United States*, Working Paper, Policy Research Initiative.
- Bush, George W., 2002, "Graduation Address at West Point. June 1", <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/06/20020601-3.html>. (14.6.2004).
- Canada, Department of Foreign Affairs and International Trade, 2003a, *Governor Ridge and Deputy Prime Minister Manley Issue One-Year Status Report on the Smart Border Action Plan*, Ottawa.
- , 2003b, *Notes for an address by the Honorable Bill Graham, Minister of Foreign Affairs, for the House of Commons debate on ballistic missile defence*, Ottawa: 15. 5. 2003.
- Canadian Chamber of Commerce, 2008, *Finding the Balance. Reducing Border Costs While Strengthening Security*, Ottawa.
- Carpentier, Michel Lawrence, 2007, *Canada and 9/11: Border Security in a New Era*, Master Thesis, Department of Political Studies, University of Saskatchewan, Saskatoon.
- Cellucci, Paul, 2005, *Unquiet Diplomacy*, Toronto: Key Porter Books.
- Center for Research and Information on Canada (CRIC), 2003, *Canada and the United States: An Evolving Partnership*, CRIC Paper Nr. 10, Ottawa, August 2003.
- Clarkson, Stephen, 2002, *Uncle Sam and US: Globalization, Neoconservatism and the Canadian State*, Toronto: University of Toronto Press.
- , 2003, "Canada's Secret Constitution. The Implications of North America's Grand Bargain", *Inroads*, Summer/Fall, 13, 30-37.
- /Eric Lachapelle, 2004, "Jean Chretien's Continental Legacy: From Commitment to Confusion", *Review of Constitutional Studies*, 9.1 & 2, 93-114.
- , 2007, "Canada's External Constitution: From Empire to Hegemony", *Zeitschrift für Kanada-Studien*, 27. 2, 88-103.
- , 2008, *Does North America Exist? Governing the Continent after NAFTA and 9/11*, Toronto: University of Toronto Press.
- Conference Board of Canada, 2003, *Renewing the Relationship: Canada and the United States in the 21st Century, Briefing*, Ottawa: The Conference Board of Canada.
- Condon, Bradley J./Tapen Sinha, 2003, *Drawing Lines in the Sand and Snow: Border Security and North American Economic Integration*, Armonk, NY: M.E. Sharpe.
- Doran, Charles, 2007, "International Energy Security and North America", in: Isabel Studer/Carol Wise (Hg.), *Requiem or Revival? The Promise of North American Integration*, Washington DC: Brookings Institution Press, 232-246.
- Drache, Daniel, 2004, *Borders Matter: Homeland Security and the Search for North America*, Halifax: Fernwood Publishing.
- , 2008, "Canada-U.S. Relations and the Impermeable Border Post 9/11: The Co-Management of North America", *CONfines* 4 (7), 69-83.
- English, Allan D., 2004, *Understanding Military Culture: A Canadian Perspective*. Montreal/Kingston: McGill-Queen's University Press.
- Fey, Jens, 2000, *Multilateralismus als Strategie: Die Sicherheitspolitik Kanadas nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes*, Köln: SH Verlag.

- Globerman, Steven/Paul Storer, 2008, *The Impacts of 9/11 on Canada-U.S. Trade*, Toronto: University of Toronto Press.
- Goldfarb, Danielle, 2004, *Thinking the Unthinkable: Security Threats, Cross-Border Security and the Threat to Canadian Exports*, Toronto: C. D. Howe Institute (Commentary, Nr. 177).
- Grady, Patrick, 2008, "How Much Were Canadian Exports Curtailed by the Post 9/11 Thickening of the U.S. Border?" [http://global-economics.ca/border\\_post911.pdf](http://global-economics.ca/border_post911.pdf) (21.3.2009)
- Granatstein, J.L., 2007, *Whose War Is It? How Canada can Survive in the Post-9/11 World*, Toronto: HarperCollins Publishers.
- Greenspun, Ricardo/Yasmine Shamsie (Hg.), 2007, *Whose Canada? Continental Integration, Fortress North America and the Corporate Agenda*, Montreal/Kingston: McGill-Queen's University Press.
- Hart, Michael/Bill Dymond, 2001, *Common Borders, Shared Destinies: Canada, the United States and Deepening Integration*. <http://www.carleton.ca/ctpl/pdf/papers/cdaus.pdf> (21.3.2009)
- /----, 2003, "Canada and the Global Challenge: Finding a Place to Stand", [http://www.cdhowe.org/pdf/PressReleases/english/commentary\\_180pr.pdf](http://www.cdhowe.org/pdf/PressReleases/english/commentary_180pr.pdf), (19.5.2003).
- /Brian Tomlin, 2004, "The Emerging Policy Shift in Canada-US Relations", in: Bruce G. Doern (Hg.), *How Ottawa Spends 2004-2005: Mandate Change in the Paul Martin Era*, Montreal/Kingston: McGill-Queen's University Press, 46-69.
- /----, 2002, "Inside the Perimeter: The US Policy Agenda and Its Implications for Canada", in: Bruce G. Doern (Hg.), *How Ottawa Spends 2002-2003: The Security Aftermath and National Priorities*, Toronto: Oxford University Press, 48-68.
- Hurtig, Mel, 2002, *The Vanishing Country: Is It Too Late to Save Canada?* Toronto: McClelland & Stewart.
- Independent Task Force on the Future of North America (ITFFNA), 2005, *Creating a North American Community*, New York: Council on Foreign Relations.
- Jedwab, Jack, 2005, *So Close Yet So Far: Growing Number of Americans See Canada as Friendly, But No Longer a Close Ally*, Association for Canadian Studies in the U.S.
- Jockel, Joseph, 2003, *Four US Military Commands: NORTHCOM, NORAD, SPACECOM, STRATCOM – The Canadian Opportunity*, Working Paper 2003-03, Montreal: Institute for Research on Public Policy.
- Keohane, Robert O./ Joseph S. Nye, 1977, *Power and Interdependence: World Power in Transition*, Boston: Little, Brown & Cie.
- Konrad, Victor/Heather N. Nicol, 2008, *Beyond Walls: Re-inventing the Canadian-United States Borderlands*, Aldershot: Ashgate.
- Lagassé, Philippe/Joel J. Sokolsky, 2005, *Suspenders and a Belt: Perimeter and Border Security in U.S.-Canada Relations*, Paper presented to the Annual Meeting of the American Political Science Association, Washington D.C., 4.9.2005.
- Laxer, James, 2004, *The Border: Canada, the U.S. and Dispatches from the 49th Parallel*, Toronto: Anchor Canada.
- Lehmkuhl, Ursula, 2007, "Canada's Post 9/11 Homeland Security Policy: An Exercise in Multilevel Governance, Private Sector Involvement and Civic Engagement", *Zeitschrift für Kanada-Studien*, 27.1, 78-102.
- Mahant, Edelgard E./Graeme S. Mount, 1999, *Invisible and Inaudible in Washington: American Policies Toward Canada*, Vancouver: UBC Press.
- Manley, John, 2002, "My Vision of the Canada-US Relationship". Rede John Manleys am 15.5.2002 vor dem Atlantic Institute for Market Studies in Halifax, NS., <http://www.aims.ca/Prevevents/dpmaddress.html> (27.08.2002).
- Morales, Isidiro, 2007, "The Politics of Energy Markets in North America: Challenges and Prospects for a Continental Partnership", in: Isabel Studer/Carol Wise (Hg.), *Requiem or Revival? The Promise of North American Integration*, Washington DC: Brookings Institution Press, 211-231.

- Mason, Dwight D., 2005, "A Flight from Responsibility: Canada and Missile Defense of North America" Center for Strategic and International Studies, [http://www.csis.org/americas/canada/050225\\_Mason.pdf](http://www.csis.org/americas/canada/050225_Mason.pdf) (6.6.2005).
- McBride, Stephen, 2003, "Quiet Constitutionalism in Canada: The International Political Economy of Domestic Institutional Change", *Canadian Journal of Political Science*, 36.2, 251-274.
- MacDonald L. Ian (Hg.), 2000, *Free Trade: Risks and Rewards*, Montreal/Kingston: McGill-Queen's University Press.
- McDougall, John N., 2006, *Drifting Together: The Political Economy of Canada-US Integration*, Peterborough, Ont.: Broadview Press.
- Moens, Alexander/Michael Cust, 2008, *Saving the North American Security and Prosperity Partnership: The Case for a North American Standards and Regulatory Area*. Vancouver: The Fraser Institute.
- Molot, Maureen Appel/Fen Osler Hampton (Hg.), 2000, *Canada Among Nations 2000: Vanishing Borders*, Don Mills, Ont.: Oxford University Press.
- Pastor, Robert, 2001, *Toward A North American Community: Lessons from the Old World for the New*, Washington D.C.: Institute of International Economics.
- Phillips, Nicola, 2003, "Hemispheric Integration and Subregionalism in the Americas", *International Affairs*, 79. 2, 327-349.
- Prime Minister of Canada, 2005, "Statement by the Prime Minister", Ottawa February 24, 2005, <http://www.pm.gc.ca/eng/news.asp?id=428> (24.6.2005).
- Rausch, Ulrike, 1997, "The 49<sup>th</sup> Parallel in Perspective: The International Border in the Northeast", *Zeitschrift für Kanada-Studien*, 17.1, 131-146.
- Roach, Kent, 2003, *September 11: Consequences for Canada*, Montreal/Kingston: McGill-Queen's University Press.
- Security and Prosperity Partnership of North America (SPP), 2005, "Report to Leaders", Trilingual Version, June, [http://www.spp.gov/report\\_to\\_leaders](http://www.spp.gov/report_to_leaders) (28.8.2007).
- Sloan, Elinor/David Carment/Fen Osler Hampson/Norman Hillmer, 2004, *Setting Priorities Straight: Canada Among Nations 2004*, Montreal/Kingston: McGill-Queen's University Press.
- Standing Committee on Foreign Affairs and International Trade, 2002, *Partners in North America: Advancing Canada's Relations with the United States and Mexico*, Ottawa, SCFAIT, December.
- Vance, Anneliese, 2008, "Strategic Responses by Canadian and U.S. Exporters to Increased U.S. Border Security Measures: A Firm-Level Analysis", *Economic Development Quarterly*, 22.3, 239-252.
- Welsh, Jennifer, 2004, *At Home in the World: Canada's Global Vision for the 21st Century*, Toronto: HarperCollins.
- Ziolkowski, Michael F., 2006, *Perceptions of Border Security Along the Canada-U.S. Border, Grand Island, New York*, Buffalo, N.Y.: Canada-United States Trade Center, Dept. of Geography, State University of New York, Occasional Paper, 34.